

Thornener Presse.



Abonnementpreis

für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2 Mark.

Ausgabe

täglich 6 1/2 Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:

Katharinenstr. 1.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis

für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Zentralblatt“ in Berlin, Gaafenstein u. Bogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 52.

Donnerstag den 2. März 1893.

XI. Jahrg.

Änderung des Wahlverfahrens.

Der Gesetzentwurf wegen Änderung des Wahlverfahrens bezweckt, eine Verkürzung des Wahlrechts der Minderbemittelten zu verhindern, wie sie sich ohne Änderung des Wahlverfahrens aus den durch das neue Einkommensteuergesetz verursachten Verschiebungen in den Steuerleistungen ergeben hat und weiter aus der Durchführung der Steuerreform ergeben würde. Zwei wesentliche Änderungen sind in dem Entwurfe vorgeschlagen: der Bildung der Abtheilungen unter dem Dreiklassenystem sollen sowohl bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus als auch bei den kommunalen Wahlen, soweit für diese das Dreiklassenystem gilt, künftig nicht bloß wie bisher die direkten Staatssteuern, sondern auch die an die Gemeinden und höheren kommunalen Verbände zu entrichtenden Steuerbeiträge — also direkte Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern — zu Grunde gelegt werden, und dann sollen von der Gesamtsumme der Steuerbeiträge $\frac{1}{12}$ auf die erste, $\frac{1}{12}$ auf die zweite und $\frac{1}{12}$ auf die dritte Abtheilung fallen. Damit soll einmal verhindert werden, daß der zu Gunsten der Gemeinden erfolgende Verzicht des Staates auf die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer das Wahlrecht der Steuerzahler vermindere; dann soll verhindert werden, daß vermöge der auf der Selbstschätzung beruhenden höheren Steuerleistung der reichen Leute deren Antheil am Wahlrecht sich noch weiter vergrößere, indem etwa die Zahl der in der ersten Abtheilung ein Drittel der Wahlmänner ernennenden Wähler noch kleiner, als bisher würde.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses, der der Entwurf zur Vorberatung überwiesen war, hat sich in beiden Beziehungen den Vorschlägen der Regierung angeschlossen. Sie ist aber noch einen Schritt weiter gegangen, indem sie in den § 1 des Entwurfs folgende Bestimmung aufgenommen hat: „Nicht zur Anrechnung gelangen hierbei die den Betrag von zweitausend Mark übersteigende Staatseinkommensteuer, sowie die auf den Mehrbetrag dieser Steuer entfallenden Gemeindesteuerzuschläge“ d. h. alle Steuern, die zu mehr als 2000 Mark Staatssteuer veranlagt sind, sollen in den Wählerlisten gleich behandelt, und was sie über den angegebenen Maximalsatz hinaus an Steuern zahlen, soll bei der Abtheilungsbildung als nicht vorhanden angesehen werden. Betroffen von dieser Bestimmung werden ungefähr 5000 Personen. Diese Höchstbesteuerten, die mit mehr als 2000 Mark Steuer zu einem Einkommen von mehr als 58 000 Mark veranlagt sind, sollen in ihrem Einfluß auf die Verteilung des Stimmgewichtes auf ein bestimmtes Maß beschränkt werden. Man hat dabei außergewöhnliche Fälle im Auge, in denen übermäßig große Vermögen ihren Besitzern ein übermäßig großes Stimmgewicht in der ersten Klasse verschaffen. Die Tendenz des neuen Kommissionsvorschlages ist also, die Entwicklung des Wahlrechts in plutokratischer (gelbherrschender) Richtung noch weiter zu verhindern, als es nach dem Inhalt des Regierungsentwurfs durch Erhöhung des Antheils der ersten Klasse an der Steuersumme von $\frac{1}{12}$ auf $\frac{1}{12}$ schon geschehen würde.

Der Ministerpräsident und Minister des Innern hat hierzu nach dem Kommissionsbericht folgende Erklärung abgegeben:
Theoretisch erscheine ihm die Festsetzung eines Maximalsteuersatzes für die Staatseinkommensteuer und die Gemeinde-

steuerzuschläge wohl diskutabel. Nicht anzurechnen wären demnach die Staatseinkommensteuerbeiträge, soweit sie über 2000 Mark hinausgingen, und die den entsprechenden kommunalen Zuschläge. Anzurechnen wären dagegen die Staatsrealsteuern in jeder Höhe und alle besonderen Gemeindeeinkommensteuern, auch die Miethsteuer, in voller Höhe. Praktische Bedenken ständen jedoch dem Antrage entgegen. Im allgemeinen würde er zwar nicht sehr stark; in einzelnen Bezirken jedoch, wo sehr viele Hochbesteuerte neben einander existirten, könnten sich möglicher Weise in der ersten Abtheilung so viele von dem Maximalsteuersatz Betroffenen befinden, daß das Alphabet darüber zu entscheiden habe, wer von ihnen in die zweite Abtheilung übergehen müsse. Außerdem erwidere der Antrag wiederum die Aufstellung der Wählerlisten sehr erheblich, nachdem diese schon durch andere Bestimmungen des neuen Gesetzes viel komplizirter geworden sei. Jedenfalls könne er eine bindende Erklärung in Namen der königl. Staatsregierung über die Annehmbarkeit der Maximalgrenze nicht abgeben.

Politische Tageschau.

Das Central-Kollegium der im landwirthschaftlichen Centralverein verbündeten schlesischen landwirthschaftlichen Vereine sandte, wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ mittheilt, nachstehende Dankadresse telegraphisch an Seine Majestät den Kaiser: „Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät bringt das versammelte Centralkollegium der verbündeten landwirthschaftlichen Vereine Schlesiens seinen ehrfurchtsvollsten Dank dar für die aus landsväterlichem Herzen kommenden königlichen Worte vom 24. Februar, die uns in unserer Noth Trost für die Gegenwart, Hoffnung für die Zukunft geben. Wir wollen mit Gut und Blut eine Säule unseres angestammten erhabenen Hohenzollernthrones bleiben, und erbitten Gottes Segen für Euer Majestät.“

Ueber die deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen will der „Berliner Börsenkourier“ wissen, Deutschland habe sich bereit finden lassen, Rußland inbetriff des Getreidezolls und des Holzzolls Zugeständnisse zu machen. Beide Zölle sollen für russische Provenienzen auf den Betrag ermäßigt werden, der für österreichisch-ungarische Provenienzen gilt. Die russische Gegenleistung beziehe sich gleichfalls auf zwei Gegenstände: landwirthschaftliche Maschinen und Kohlen. Erstere werden nahezu zollfrei nach Rußland gehen dürfen. Was den Kohlenzoll betrifft, so wird er wahrscheinlich unifizirt werden, sodas in Zukunft der Kohlenzoll bei der Landeinfuhr nicht höher ist als bei der Seeinfuhr. Das ergebe eine Ermäßigung um 33 1/2 pCt. Der Kohlenzoll zu Lande betrage jetzt 1 1/2 Ropelen Gold pro Rub oder 3,60 Mark pro Tonne, er solle fernerhin gleich dem Kohlenzoll bei der Hafeneinfuhr 1 Ropete Gold pro Rub oder 2,40 Mark pro Tonne betragen. Zur Erläuterung bemerkt der „Kourier“: Für die schlesische Kohle, die bei der Ausfuhr nach Rußland einzig in Betracht komme, ändert diese Zollermäßigung an den bestehenden Verhältnissen nichts, da die Fracht bis Sosnowice etwa 1,50 Mark pro Tonne ausmacht und überbies die russischen Werke billigeren Lohn zahlen, auch von den dies-

seitigen Lasten für Wohlfahrtseinrichtungen frei sind. — Schließlich meldet das Blatt, Graf Schwalow, der sich kommenden Sonnabend nach Petersburg begibt, werde die deutschen Vorschläge dorthin überbringen. Sein Aufenthalt in der russischen Hauptstadt werde kaum über eine Woche dauern. — Die „Kreuzzeitung“ bemerkt hierzu: „Wir haben guten Grund anzunehmen, daß wir hier zwar einer boshaft angelegten, aber doch recht durchsichtigen Masche gegenüberstehen. Es sind nämlich die deutschen Forderungen noch gar nicht nach Petersburg abgegangen, das wird, wenn wir recht unterrichtet sind, erst morgen geschehen. Wie also kann da von einem nahen Abschluß der Verhandlungen die Rede sein, da die Russen unsere Forderungen noch gar nicht kennen? Die Hellschere des „Börsenkourier“ scheint uns daher nur aus seinen eigensten Wünschen entsprungen zu sein. Oder wäre er etwa in der Lage, seine Quelle zu nennen?“

Im „Deutschen Reichsblatt“, dem bekannten freisinnigen Agitationsblatt, für welches Herr Richter die Verantwortung ablehnt, ist folgendes zu lesen: „Die preussischen Junker waren immer gegen ein einiges Deutschland, heute aber thun sie so, als ob sie die Begründer Deutschlands wären. Jetzt haben sich die unzufriedenen Großgrundbesitzer zu einem „Bunde“ vereinigt, um das Volk auszufaugen. Das sind jetzt unsere „Sozialdemokraten“ von rechts. Die haben auch ihren Zukunftsstaat. Der Unterschied ist nur der: In dem Zukunftsstaat der Sozialdemokraten soll jeder (Herr Eugen Richter hat das bekanntlich besprochen) zu essen haben, und in dem Zukunftsstaat der Agrarier nur die, welche nicht arbeiten, die Junker.“ „Ja, wenn es den Herren an ihrem Geldknappert, da fliegt ihr Patriotismus und ihre Königstreue, die sie bekanntlich allein gepachtet haben, dahin wie Spreu vor dem Winde. — Es ist aber auch zu ärgerlich! Von dem schönen Profit aus den verschiedenen Zöllen lassen sich Aukern, Champagner und andere schöne und angenehme Sachen anschaffen. Daß dafür das Leben der Untergebenen, der Arbeiter dieser Herren, etwas menschenwürdiger gestaltet würde, fällt den Herren nicht ein. Dann schreiben sie über Arbeitermangel und als Sündenbock wird die Freizügigkeit bezichtigt. Leider sind die Arbeiter dieser Herren bei der Wahl so von denselben oder deren Kreaturen gefesselt, daß von hundert Stimmen kaum eine so abgegeben wird, als es der freie Wille des Arbeiters möchte, sonst würden die Herren halb einen anderen Marsch tanzen.“ — Besser hegen können die Sozialdemokraten auch nicht.

Der Reichstag hat am Montag wieder einen Vorgang erlebt, der auf die tieferen Gründe der fortdauernden Beschlußunfähigkeit ein helles Licht fallen läßt. In nicht weniger als einstuündiger Rede entwickelte der demokratische Abg. Freiherr von Münch in bekannter Selbstgefälligkeit die ganze Geschichte seines aller Welt vollkommen gleichgiltigen Prozesses, und ein württembergischer Bundesrathsbevollmächtigter erwiderte darauf in kaum minder ausführlicher Darstellung. Taktlosigkeit wie die des Herrn von Münch nehmen eine gute halbe Reichstagsitzung in Anspruch. Da ist es freilich kein Wunder, wenn außer dem Redner und dem Bureau schließlich alles davonläuft.

Sylvia.

Erzählung von G. Salvati.

(Nachdruck verboten).

(11. Fortsetzung.)

„Spannen Sie Ihre Erwartungen nicht zu hoch, Herr von Grehl“, begann die Frau Doktor, „meine Geschichte weist viele Lücken auf, und der Schluß möchte Sie sehr unbefriedigt lassen. Während unserer Reise durch Spanien hielten wir uns mehrere Wochen in Madrid auf. Wir hatten im Mittelpunkte der Stadt, unweit des Platzes der Puerta del Sol, Wohnung genommen und von unseren Fenstern vielfach Gelegenheit, das Treiben der vornehmen Welt zu beobachten. Da war mir häufig jene schöne Frauengestalt, welche augenblicklich hier weilt, aufgefallen. Ich sah sie stets in Begleitung einer lebhaften älteren Dame mit röthlichem Haar und eines jungen, sehr vornehm erscheinenden großen Herrn. Auch auf den Promenaden von Buen Retiro traf ich sie vielfach, immer an der Seite ihres Begleiters, der ganz Aug und Ohr, nur für das schöne Mädchen zu leben schien. Da führte uns der Zufall eines Tages zusammen. Wir waren nach der Plaza de Torres gefahren, um einem Stiergefecht beizuwohnen, hatten uns aber etwas verspätet, und obgleich der Zirkus für eine große Anzahl von Zuschauern eingerichtet, fanden wir ihn doch so überfüllt, daß wir uns eben wieder zurückziehen wollten, als unsere Aufmerksamkeit auf einen Knäuel von Menschen gerichtet wurde, die gleich uns den Ausgang zu gewinnen suchten. Der schöne Kopf des mir so häufig begegneten jungen Spaniers überragte alle anderen. In seinen Armen ruhte eine blasse Frauengestalt mit geschlossenen Augen. Ihr zur Seite schritt die ältere Begleiterin, warf ängstlich unruhige Blicke auf die Dahnmächtige und suchte bald in englischen, bald in deutschen Worten ihrer Besorgniß Ausdruck zu geben. Kurz entschlossen trat ich auf sie zu und bot ihr den Beistand meines Mannes an. Hocherfreut, in uns Deutsche und in meinem Mann einen Arzt zu finden, nahm sie mein Anerbieten mit dem lebhaftesten Danke an. Sie war glücklich, als die

Dahnmächtige schon nach kurzem zu sich kam. Jetzt erst fand die ältere Dame Zeit, sich uns als Baronin v. Technik, und das junge Mädchen als ihre Nichte Sylvia vorzustellen. Der Spanier, welcher sich uns als Marquis D'Delzago präsentirte; war währenddessen nicht von der Seite der jungen Dame gewichen, und während ich mit der Baronin sprach, unterhielten die beiden sich im Flüsterton miteinander. Nachdem unsere Bekanntschaft auf diese Weise eingeleitet, hatte ich später noch einige Mal Gelegenheit, mit den Damen zu verkehren.“

„Aber in welchem Verhältnisse hat denn der Marquis zu der jungen Dame gestanden?“ fragte begierig Herr v. Grehl, „und was ist aus ihm geworden?“

„Das ist's eben, was mir dunkel geblieben. Die Baronin erzählte mir nur, daß er in einem Hause mit ihnen lebe. Selbst sehr musikalisch, war er durch Sylvias wundervollen Gesang angezogen worden, hatte Besuch gemacht und war bald darauf ein täglich gern gesehener Gast bei den Damen geworden. Er sollte von altem Adel und ungeheuer reich sein. Näheres über ihn konnte ich aber niemals erfahren. Wußte die Baronin selbst nichts weiter, oder wollte sie nichts sagen, kurz der Marquis blieb uns immer eine etwas dunkle Persönlichkeit, bis er plötzlich von der Bildfläche verschwand. Wir lehrten eines Tages eben von der Besichtigung des schönen Nonnenklosters de las Salesas, zurück, als wir den beiden Damen begegneten. Es fiel mir sofort auf, daß der Marquis nicht bei ihnen war und Sylvia ihr Gesicht ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit dicht verschleiert hatte. Ich bemerkte denn auch, daß sie geweint; ihre Züge bleich und abgespannt, schienen von einer durchwachten Nacht zu sprechen. Das frische, heitere Wesen des Mädchens war gänzlich verschwunden, die feinen Lippen fest aufeinander gepreßt, verhielt sie sich vollständig stumm, ja, sie schien garnicht einmal auf das Gespräch, welches wir mit der Baronin führten, zu achten; nur als ich mich nach ihrem Begleiter erkundigte und der Name des Marquis an ihr Ohr schlug, sah ich sie eine hastige Bewegung machen, und sich abwenden. Der Marquis

D'Delzago habe wichtige Nachrichten aus seiner Heimath erhalten, und in Folge dessen schon in der Frühe Madrid verlassen müssen, berichtete die Baronin, brach das Gespräch dann kurz ab und verabschiedete sich. Mein Mann und ich schauten uns an; da war etwas passirt, es mußte zu einer Szene, vielleicht gar zu einem Bruch gekommen sein. Das veränderte Wesen der beiden Damen war zu auffallend. Aber wodurch? Welche Bewandniß hatte es mit diesem Marquis? — das waren Fragen, die uns immer unbeantwortet geblieben. Wir sahen die Baronin und ihre Nichte einige Tage darauf noch einmal auf der Straße, diesmal kamen sie auf uns zu, sie beabsichtigten am andern Tage Madrid zu verlassen, und sagten uns ein Lebewohl. Auch Sylvia sprach; in einer auffallend ruhigen gemessenen Weise, kaum der Hauch eines Lächelns glitt über das edle Antlitz, das etwas Marmorartiges gehabt, wenn nicht die großen schwarzen Augen zuweilen seltsam aufgeleuchtet hätten. Es wurde mir schwer, in ihr die immer heiter von Glück und Frohsinn strahlende Sylvia wieder zu erkennen. So endete unsere Bekanntschaft mit den Damen, die wir seit jenem Tage nicht wieder gesehen, aber ich freue mich den angeknüpften Verkehr mit denselben hier fortsetzen zu können, und bin neugierig, wie ich die junge Dame finden werde.“

„Wunderbar“, murmelte Herr v. Grehl, als die Erzählerin geendet, und blickte nachdenklich vor sich hin.

„Vielleicht hat der angebliche Marquis D'Delzago sich als ein Abenteuerer entpuppt“, bemerkte Frau v. Grehl.

„Das glaube ich nicht, seine Erscheinung wie sein ganzes Auftreten hatte entschieden etwas Aristokratisches“. „Ei, ei, gnädige Frau“, warf Dr. Stein dazwischen. „Beachten Sie nur einmal das sinnende Gesicht Ihres Herrn Gemahl. Eine schöne junge Fremde — deren theilweise Vergangenheit ein ansehentlich interessantes Geheimniß birgt — das ist gefährlich“, fügte er lachend hinzu.

(Fortsetzung folgt.)

